



Interviews

"Informationen am Morgen" Datum: 19.07.2024

Philipp May im Gespräch mit Claudia Kemfert, DIW

Philipp May: Am Telefon ist nun Claudia Kemfert, Ökonomin am Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), wo sie die Abteilung Verkehr, Energie und Umwelt leitet. – Schönen guten Morgen, Frau Kemfert.

Claudia Kemfert: Guten Morgen, Herr May.

May: Ist das ein guter Tag für den Klimaschutz oder ein schlechter Tag für den Umweltschutz?

Kemfert: Na ja, es ist etwas dazwischen, muss man an der Stelle sagen, denn auf der einen Seite ist es ganz gut, dass man Bezüge von Rohstoffen diversifiziert, nicht zu abhängig ist von China. Das ist erst mal immer etwas Gutes. Und es geht auch um Klimaschutz im weitesten Sinne. Wenn wir eine Verkehrswende machen, dann nutzen wir mehr Elektromobilität, und für diese Elektromobilität sind diese Rohstoffe nötig. Auf der anderen Seite sind aber auch die Umweltschäden relevant, denn darum geht es ja auch. Lithium muss ja abgebaut werden. Es kann grundsätzlich Grundwasser auch mit Schwermetallen verunreinigen. Da gibt es eine Gefahr für das Trinkwasser, auch für die Anwohner, und deswegen muss man das auch thematisieren. Wie das alles zustande gekommen ist, ist auch sehr kritisch zu bewerten, und wir dürfen nicht, wenn wir hier Elektromobilität nutzen, die Umweltschäden, die damit einhergehen, einfach verlagern in andere Länder. Deswegen muss die Bundesregierung, wenn sie das jetzt tut und auch Interesse hat, diese Rohstoffe zu beziehen, da Vorsorge treffen und das auch thematisieren.

May: Wie groß ist denn das Vorkommen in Serbien? Ist das tatsächlich eine relevante Größe, die uns hilft, wirklich unabhängig von China zu werden, beziehungsweise der deutschen Autoindustrie?

Kemfert: Ja, es ist schon eine große Größenordnung, um die es hier geht. Wir wissen, aktuell ist es so, dass wir eine sehr, sehr hohe Abhängigkeit haben von Lithium in der gesamten Wertschöpfungskette aus China, und diese Vorkommen, so schätzt man jetzt, diese 58.000 Tonnen pro Jahr, die da angeblich gefördert werden können, können etwa 17 Prozent des europäischen Bedarfs ausmachen. Das ist schon wichtig, ein Schritt in die richtige Richtung, dass man da den Bedarf deckt. Aber es muss auch immer darum gehen, den Bedarf nicht weiter steigen zu lassen. Da geht es um Recycling, Rohstoff-Wirtschaft und Recycling-Wirtschaft zusammendenken, Kreislaufwirtschaft, und auch das Thema Suffizienz, also auch weniger. Wir müssen eine Verkehrswende machen, können nicht immer mehr und immer mehr von allem nutzen, sondern hier geht es auch um Umweltschutz, um Suffizienz, und deswegen auch um eine Verkehrswende, die zum Ziel hat, dass man weniger Rohstoffe in der Zukunft nutzt und auch weniger Elektromobilität, mehr Mobilitätsdienstleistungen.

May: Aber wenn Sie Olaf Scholz wären oder Staatssekretärin bei Robert Habeck im Wirtschaftsministerium, würden Sie dann auch darauf hinarbeiten, dass man als europäische Industrie, als Europa an diese Lithium-Vorkommen in Serbien herankommt?

Kemfert: Ich würde mit denen – so ist es wohl aktuell, wenn da gesprochen wird – das zumindest thematisieren, dass es hier Umweltgefahren gibt, und da kann man auch darauf hinwirken, dass zum Beispiel eine Zertifizierung eingeführt wird, dass bestimmte Umweltstandards, Sozialstandards eingehalten werden, wenn die Rohstoffe gefördert werden, dass das nicht zu Lasten der Umwelt gehen darf. Das, denke ich, sollte die Bundesregierung auf jeden Fall tun. Und es muss darum gehen, wenn man mit der Regierung spricht, dann geht es auch um politische Abhängigkeiten, die da gemacht werden. Das ist ähnlich wie bei China. Man muss immer fragen, von wem macht man sich da eigentlich abhängig. Dieses Land hat auch diverse Probleme und wie das zustande gekommen ist, auch was die Umweltschützer da gesagt haben, das muss man mit thematisieren, wenn man da jetzt mit denen entsprechende Abkommen macht, was ja vielleicht in Europa gemacht wird.

May: Den Punkt merke ich mir. – Noch einmal ganz kurz auf diesen Zielkonflikt zu sprechen kommend: Ist es überhaupt ein Zielkonflikt, häufiger als man denkt, Umweltschutz versus Klimaschutz?

Kemfert: Eigentlich nicht. Eigentlich gehen Umweltschutz und Klimaschutz Hand in Hand, dass man, wenn man beispielsweise die Verkehrswende macht, damit auch Klimaschutz-Ziele erfüllt, weil die Emissionen im Verkehrssektor auch wirklich runter müssen und Elektromobilität da eine wichtige Komponente ist. Aber in dem Fall ist es so, dass Umweltschutz schon eine wichtige Rolle spielt, gerade beim Abbau von Lithium. Das wissen wir auch schon

lange. Das betrifft nicht nur dieses Land; das betrifft auch andere Länder, dass man da auf Umweltschutz achten muss. Deswegen muss man da sagen, es kann nicht immer nur immer weiter gehen, immer mehr Elektromobilität geben, sondern Verkehrswende heißt auch Verkehrsvermeidung, Verlagerung, Optimierung. Das heißt, mehr ÖPNV, mehr Schienenverkehr plus auch Elektromobilität ist besser als Verbrenner, aber man muss einiges dafür tun, dass dann der Umweltschutz auch eine wichtige Rolle spielt, und auch der Klimaschutz. So muss es eigentlich Hand in Hand gehen, wenn man es richtig macht, und dann kann es auch eine gute Lösung am Ende sein, aber an diesem Punkt sind wir gerade beim Abbau von Lithium, dass man da beides beachten muss.

May: Das wäre aber eine schlechte Lösung für die deutsche Autoindustrie?

Kemfert: Ich würde es nicht unbedingt als schlechte Lösung bezeichnen, wenn man darauf achtet, dass mehr Kreislaufwirtschaft eine Rolle spielt, dass man auch Bezüge diversifiziert, und in der Tat kann man auch darauf hinwirken, dass diese Mine eine Rolle spielen kann. Wir haben im Übrigen auch in Deutschland eigene Vorkommen von Lithium, die man gewinnen könnte, deutlich weniger in der Größenordnung, wie es jetzt hier sein wird, aber auch da stellen sich Umweltauflagen und die müssen wir in Deutschland genauso einhalten. Diese Standards müssen dann auch in Serbien eingehalten werden. Dann kann die Mine auch erschlossen werden zu gewissen Teilen und man kann das nutzen. Aber es muss Hand in Hand gehen mit den eben schon erwähnten Kriterien nach mehr Kreislaufwirtschaft und entsprechenden Umweltstandards.

May: Jetzt haben Sie gerade schon die rechtsstaatlichen Standards in Serbien angesprochen. Das ist ja eine Argumentation der Bundesregierung, dass man in Serbien anders als in China auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards pochen kann. Kann man das wirklich bei einem Mann wie dem Präsidenten Serbiens, Aleksandar Vucic, der nach Meinung vieler eher immer mehr in Richtung Russland, in Richtung Autokratie ableitet?

Kemfert: Ja, das ist genau das Problem, wenn es da in Richtung Autokratie geht, wenn es darum geht, dass auch bestimmte Ziele, die Europa ja eigentlich hat, auch mit den EU-Sanktionen gegen Russland, dieses Land nicht mit abdeckt oder auch gar nicht erfüllt. Das sind ja auch die Forderungen der EU, wenn es um den Beitritt geht. Dann muss man schon fragen, von wem macht man sich dann direkt abhängig, auch wenn es da eine enge Verbindung gibt von Serbien mit China. Die Freiheit der Presse wird in Serbien ja auch unterdrückt. Auch die Justiz gilt nicht als vollkommen unabhängig, deswegen auch dieses merkwürdige Urteil, was da jetzt so schnell kam, womit auch die Umweltschützer sehr unglücklich sind. Aber das muss man alles im Hinterkopf haben, wenn man da entsprechend solche Abkommen macht

und auch mit denen verhandelt, dass diese Ziele, die Europa ja auch hat, von diesem Land auch mit abgedeckt werden müssen, bevor man sich da abhängig macht von einem solchen Land und dann wieder vielleicht Probleme am Ende bekommt.

May: Aber nur ganz weit hinten im Hinterkopf, weil allzu kleinlich kann man wahrscheinlich auch nicht sein. Zumindest ist das eine Beobachtung, die ich habe. Die wichtigen Rohstoffe für die Energiewende sind immer da, wo es aus deutscher Sicht immer ein bisschen stinkt.

Kemfert: Na ja, so würde ich es jetzt nicht nennen. Aber man kann schon beides zueinander bringen. Man muss auch sehen: China verhält sich sehr clever, was die Rohstoffgewinnung angeht. Das beobachten wir schon seit vielen, vielen Jahren, dass da bestimmte Abkommen mit Afrika und anderen Ländern gemacht werden. Überall gibt es da nicht unbedingt immer feine Rechtsstaatlichkeit oder da sind auch Autokratien am Werk. Das ist ganz sicher immer auch eine Gefahr. Deswegen muss es auch aus deutscher Hand darum gehen, dass man nicht immer mehr Rohstoffe überall abbaut, sondern darauf achtet, dass man eine Effizienz herbringt, dass man Suffizienz-Strategien berücksichtigt, weniger Rohstoffe. Dann muss man auch weniger mit Autokratien oder mit Ländern verhandeln, die man jetzt nicht so überzeugend findet. Das ist, glaube ich, ein wichtiges Ziel, wenn wir die Verkehrswende machen. Da kann die Automobilindustrie auch eine wichtige Rolle spielen und das tut sie auch. Die Standards können wir in Deutschland setzen auch für internationale Zertifizierung, dass man darauf achtet, dass Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden, und zwar überall in der Welt. Das gilt nicht nur für Lithium, das gilt auch für alle anderen Rohstoffe. Wir ziehen von Land zu Land unterschiedliche Anforderungen mit sich, die wir dann auch einhalten müssen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.